

sierenden Faktor in bestimmten Regionen der Welt anerkannt, ohne jedoch darauf zu verzichten, völkerrechtswidrige Praktiken der Volksrepublik zu benennen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die westliche China-Forschung durch das Symposium zwar keine neuen Erkenntnisse gewinnen konnte, jedoch durch das Symposium selbst und durch Gespräche am Rande neue Eindrücke über die Einschätzungen und Hoffnungen der Wissenschaftler aus osteuropäischen Ländern gewinnen konnte.

Teilnehmer aus der Bundesrepublik waren Dr. Joachim Glaubitz, München, Dr. Dieter Heintz, Köln, Dr. Marie-Luise Näth, Trier, und Eckard Garms, Hamburg. Aus den USA nahm nur Prof. Dr. Thomas Bernstein, New York, am Symposium teil. Aus der DDR nahmen u.a. Prof. Dr. Roland Felber, Berlin, Prof. Dr. Helmut Peters, Berlin, und Dr. Bernd Kaufmann, Berlin teil. Aus der Sowjetunion waren u.a. gekommen: Prof. Gelbras, Prof. Gudoshnikov, Prof. Suchartschuk, Dr. Yakovlev und Prof. Zanegin. Vertreter aus der Volksrepublik China waren von den Veranstaltern nicht eingeladen worden.

-ga-

INNENPOLITIK

(11) Tagungen von sieben Volkskongressen auf Provinzebene

Im April 1981 traten in folgenden vier Provinzen, einem Autonomen Gebiet und zwei regierungsunmittelbaren Städten die dortigen Volkskongresse auf Provinzebene zu ihren alljährlichen Tagungen zusammen (Tagungen der Provinzkomitees der PKCV fanden wie üblich gleichzeitig statt):

Regierungsunmittelbare Stadt Beijing (23.-28.4.81)
 Provinz Fujian (30.3.-8.4.81)
 Provinz Jiangsu (31.3.-7.4.81)
 Provinz Jiangxi (30.3.-4.4.81)
 Regierungsunmittelbare Stadt Shanghai (10.-16.4.81)
 Provinz Sichuan (22.-28.4.81)
 Autonomes Gebiet Tibet (21.-30.4.81).

In Beijing wurde der bereits seit Januar 1981 als Bürgermeister amtierende Jiao Ruoyu offiziell zum Bürgermeister gewählt (vgl. C.a., Januar 1981, 0 23). In Shanghai wurde der bereits seit Oktober 1980 als Bürgermeister amtierende Wang Daohan in diesem Amt bestätigt (vgl. C.a., November 1980, 0 17). Darüber hinaus wurde der frühere Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses der Provinz Henan, Hu Lijiao, zum neuen Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai gewählt. Hu war bereits im Januar 1981 nach Shanghai versetzt worden. In Tibet löste Ngapoi Ngawang Jigme den bisherigen Vorsitzenden der Volksregierung, Tian Bao, in diesem Amt ab. Tian Bao wurde statt dessen zu einem der Vizegouverneure der Provinz Sichuan ernannt. Neuer Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses des Autonomen Gebiets Tibet wurde Yang Dongsheng, bisher Vizeminister der Kommission für die Angelegenheiten der Nationalitäten beim Staatsrat.

-sch-

(12) Neues Staatsratsorgan

Beim Staatsrat (Zentralregierung) der Volksrepublik China ist eine Führungsgruppe für Touristik eingesetzt worden.

Aufgabe dieses neuen Staatsratsorgans soll es sein, Richtlinien für die allgemeine Tourismuspolitik in China zu erarbeiten, Pläne für die Entwicklung des Tourismus und den Bau von Touristengebieten zu prüfen, die Arbeit der verschiedenen mit dem Tourismus befaßten Abteilungen zu koordinieren und die Verwirklichung der von der Führungsgruppe herausgegebenen Richtlinien und Pläne zu überwachen. Geleitet wird die Führungsgruppe für Tourismus beim Staatsrat von der stellvertretenden Ministerpräsidentin Chen Muhua, die bereits Vorsitzende der Kommission für Familienplanung beim Staatsrat und Minister für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland ist (XNA, 6.4.81).

-sch-

(13) Weitere Meldungen über terroristische Anschläge

"Terroristische Aktivitäten", "terroristische Bombenanschläge" und Diebstähle von Waffen und Munition wurden im April 1981 aus dem Autonomen Gebiet Ningxia und der Provinz Liaoning gemeldet (Ningxia Ribao, 14.4.81, nach SWB, 15.5.81; Radio Liaoning, 7.4.81, nach SWB, 17.4.81). In Shenyang, der Hauptstadt der Provinz Liaoning, wurde eine "konterrevolutionäre Clique von Mördern" in zwei Fällen zum Tode und in acht Fällen zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt. Die Gruppe hatte illegal Waffen hergestellt, Waffen und Explosivstoffe gestohlen und diese dann zu Anschlägen benutzt (Radio Liaoning, 25. und 26.4.81, nach SWB, 1.5.81).

Am 25. April 1981 traten die neuen "Bestimmungen der Volksrepublik China über die Kontrolle von Schußwaffen" in Kraft, die die alten Bestimmungen aus dem Jahre 1951 ersetzen. Die Bestimmungen sehen u.a. vor, daß jeglicher Gebrauch von Schußwaffen durch Zivilpersonen vom Staat genehmigt werden muß. Keiner Institution und keiner Einzelperson ist es danach gestattet, Schußwaffen und Munition herzustellen, zu erwerben oder zu verkaufen oder Waffen privat zu lagern, zu reparieren oder zu montieren. Die Bestimmungen betreffen nicht nur den Gebrauch von militärischen Waffen, sondern auch den Gebrauch von Sport- und Jagdgewehren, Schrotflinten, Donnerbüchsen und Luftgewehren sowie Gewehren zum Abschuß von Betäubungspfeilen. Sie betreffen ebenfalls Waffen, die von Ausländern nach China eingeführt und dort getragen werden, sowie Waffen, die an Bord ausländischer Verkehrsflugzeuge und Schiffe, die nach China kommen, getragen werden (XNA, 25.4.81).

-sch-

(14) Verhaftung mehrerer Oppositioneller

Meldungen verschiedener ausländischer Nachrichtenagenturen und Auslandsjournalisten in Beijing zufolge wurden im April 1981 in verschiedenen Landesteilen Chinas mehrere Oppositionelle verhaftet. So sollen in Beijing am 10. April d.J. der Chefredakteur der im April 1980 eingestellten oppositionellen Zeitschrift "Forum 5. April", Xu Wenli, und ein weiterer Mitarbeiter der Zeitschrift namens Yang Jing verhaftet worden sein. Bereits am 11. November 1979 war der Mitbegründer und stellvertretende Herausgeber der Untergrundzeitschrift "Forum 5. April", Liu Qing, verhaftet und im Sommer 1980 zu drei Jahren "Umerziehung durch Arbeit" verurteilt worden (siehe C.a., August 1980, 0 20; C.a., April 1980, 0 17; C.a., November 1979, 0 35). Darüber hinaus soll im April 1981 in Qingdao ein führender Oppositioneller namens Su Feng verhaftet worden sein. Schließlich wurde auch die Verhaftung von Wang Xizhe am 20. April 1981 in Guangzhou (Canton) gemeldet.

Wang war zunächst als Mitglied der Guangzhouer Oppositionsgruppe "Li Yi Zhe" bekannt geworden, die i.J. 1974 ihre Wandzeitung "Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus" veröffentlicht hatte. Zusammen mit den anderen beiden Hauptmitgliedern der Li-Yi-Zhe-Gruppe war Wang Xizhe im Spätsommer 1975 zur "Arbeit unter Aufsicht der Massen" gezwungen und dann im März 1977 verhaftet worden. Ende Dezember 1978 wurde die Li-Yi-Zhe-Gruppe aus dem Gefängnis entlassen und Anfang 1979 politisch rehabilitiert. Im Gegensatz zu seinen beiden früheren Mitstreitern veröffentlichte Wang Xizhe auch nach seiner Entlassung und Rehabilitierung Artikel in Oppositionszeitschriften, in denen er u.a. für mehr Demokratie und Arbeiterselbstverwaltung eintrat (siehe P.Schier, "Der Fall 'Li Yi Zhe' - ein Paradigma für die Möglichkeit und offizielle Behandlung politisch abweichenden Verhaltens in der Volksrepublik China 1966- 1979", in C.a., April 1979, S.489-502; Qishi Niandai, September 1979, Mai 1980 und Februar 1981).

Die erneuerte Inhaftierung Wang Xizhes und die Verhaftung weiterer Oppositioneller an mehreren Orten Chinas soll in Zusammenhang stehen mit einem Beschluß des ZK der KPCh vom Ende letzten Jahres, demzufolge bis Juni 1981 die politische Opposition außerhalb der Partei beseitigt werden soll (AFP, 26.3.81, nach MD, 1.4.81; AFP, 20.4.81, nach MD, 22.4.81; AFP, 10.5.81, nach MD, 11.5.81; SZ, 22.4.81; IHT, 20.4.81).
-sch-

(15) Kritik an Deng aus der Provinz Jiangsu

Die in Nanjing, der Hauptstadt der Provinz Jiangsu, erscheinende Xinhua Ribao veröffentlichte am 10. April 1981 einen Artikel eines "Sonderkommentators", in dem dieser die nach wie vor wichtige Rolle der alten Funktionärsгарde für den künftigen Aufbau des Landes unterstrich (nach Radio Jiangsu, 9.4.81, in SWB, 14.4.81): Sie verfüge über reiche Erfahrungen während der Revolutionszeit und während des Aufbaus der Volksrepublik China in den vergangenen über dreißig Jahren. Sie sei deshalb das Rückgrat, auf das man sich noch heute stützen müsse. Obwohl das kulturelle Niveau dieser "Tigerbalsam-Kader" nicht hoch sei, könne man nicht metaphysisch davon ausgehen, daß sie - wie "Tigerbalsam" - nur kleinere Hautkrankheiten, aber keine großen Probleme lösen könnten. In Wirklichkeit hätten sich die sog. "Tigerbalsam-Kader" in langen revolutionären Kämpfen erprobt. Mit ihrer praktischen Erfahrung stellten sie das Rückgrat der Führung bei der Verwirklichung des sozialistischen Aufbaus dar. Ohne diese "Tigerbalsam-Kader" könnten die "Vier Modernisierungen" nicht verwirklicht werden. Ein Führungskader müsse ein breites Wissensspektrum haben und ein wenig von allem wissen - deshalb dürfe man auf gar keinen Fall die Rolle der "Tigerbalsam-Kader" herunterspielen.

Die Einlassung des "Sonderkommentators" bezüglich der "Tigerbalsam-Kader" bezieht sich auf eine abwertende Bemerkung Deng Xiaopings, der unlängst die fachlich nicht qualifizierten alten Funktionäre als "Tigerbalsam-Kader" bezeichnet haben soll, die nicht in der Lage seien, größere Probleme wirklich zu lösen. Diese Bemerkung und die Reformpläne Deng Xiaopings, die u.a. die Entlassung von unqualifizierten Funktionären beinhalten, sollen innerhalb der Bürokratie zu erheblicher Unruhe geführt haben.
-sch-

(16) 5. Jahrestag des Tiananmen-Zwischenfalls

Ohne offizielle Feierlichkeiten wurde in der Volksrepublik China der 5. Jahrestag des Tiananmen-Zwischenfalls vom

5. April 1976 begangen. Die antimaoistischen Massendemonstrationen Anfang April 1976, die zunächst mit Zustimmung von Mao Zedong als "konterrevolutionärer Zwischenfall" kriminalisiert worden waren, waren Ende 1978 als revolutionäre "Bewegung vom 5. April" umbewertet worden, die die Massenbasis für den Sturz der "Viererbande" gelegt habe.

Die Volkszeitung druckte am 5. April 1981 einen Leitartikel der Chinesischen Jugendzeitung vom Vortag unter dem Titel "Vereinigt euch, um China kraftvoll zu entwickeln" ab, in dem zwar die "großen historischen Verdienste" der Bewegung vom 5. April gewürdigt wurden, jedoch gleichzeitig klargestellt wurde, daß sich China "nun in einer Zeit eines neuen historischen Wendepunktes befindet". Man müsse klar erkennen, daß die heutige Situation von der im April 1976 "völlig verschieden" sei. Deshalb seien auch die Aufgaben und die Formen ihrer Bewältigung "völlig verschieden". Die kämpferische Form der Bewegung vom 5. April sei "das Produkt einer außergewöhnlich besonderen Situation innerhalb unserer sozialistischen Gesellschaft" gewesen. Damals hätte das Volk aufgrund der Zerstörung der sozialistischen Demokratie durch die "Viererbande" keine andere Möglichkeit gehabt, als mit Hilfe der Form des Kampfes seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. "Doch nun," so der Leitartikel, "da wir über die korrekte Führung durch das Zentralkomitee der Partei verfügen und da Demokratie und Rechtssystem wiederhergestellt und gestärkt werden, können die Leute ihre Meinungen, Vorschläge und Fragen voll und ganz über die vielen verschiedenen ordnungsgemäßen Kanäle vortragen."

Der Leitartikel bezeichnete es als das grundlegende Interesse und die allerwichtigste Aufgabe des gesamten Volkes, politische Stabilität und Einheit zu bewahren und weiterzuentwickeln und gemeinsam die "Vier Modernisierungen" zu verwirklichen. Die Jugendlichen sollten für den Aufbau des Vaterlandes in selbstloser Weise Beiträge leisten, fleißig studieren und fleißig arbeiten. Sie sollten ihren patriotischen Geist erhöhen, sich für eine Verbesserung des sozialen Klimas einsetzen und vor allen Dingen festentschlossen der Partei Folge leisten. Obwohl der Leitartikler von der Notwendigkeit der Entwicklung der "glorreichen Tradition" und des "revolutionären Geistes" der Bewegung vom 5. April sprach, beeilte er sich, die entsprechenden Einschränkungen hinzuzufügen: Die "ordnungsgemäßen" demokratischen Rechte müßten zwar geschützt und entwickelt werden, auf gar keinen Fall dürfe man aber in eine bürgerliche Liberalisierung verfallen; zweifellos müsse man auch gegen den Bürokratismus kämpfen, doch dabei dürfe man die Sicherung von politischer Stabilität und Einheit nicht vergessen usw.

Eine Neuinterpretation des Tiananmen-Zwischenfalls nahm der Leitartikler insofern vor, als er die antimaoistischen Massendemonstrationen als "eine vom Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen angeleitete Bewegung" beschrieb. Diese Interpretation mutet zunächst etwas verwirrend an, da Mao Zedong selbst den Tiananmen-Zwischenfall als einen Angriff auf die Diktatur des Proletariats - und damit als konterrevolutionär - eingeschätzt hatte (siehe C.a., Dezember 1977, S.945). Da die nachmaoistische Parteiführung jedoch mittlerweile die zu Maos Lebzeiten gültigen "Mao-Zedong-Ideen" derart entstellt hat, daß - nach der heutigen offiziellen Lesart - auch Mao selbst gegen die Mao-Zedong-Ideen verstieß, ist es nun den Parteideologen und Parteihistorikern möglich, antimaoistische Demonstrationen als "angeleitet von den Mao-Zedong-Ideen" zu bezeichnen.

Die Aktivitäten der außerhalb der KPCh stehenden demokratischen Opposition waren am 5. Jahrestag des Tiananmen-Zwischenfalls offenbar sehr gering. Zumindest in Beijing hatten die Behörden aus Angst vor politischen Zwischenfällen in

diesem Jahr alle Ansammlungen im Stadtzentrum untersagt. Darüber hinaus wird das repressive Klima der vergangenen Monate die Sympathisanten der demokratischen Opposition in erheblichem Maße eingeschüchtert haben. So verlasen vor dem Heldendenkmal auf dem Tiananmen-Platz nur einige wenige Jugendliche Gedichte, in denen sie die Hoffnung nach einer weiteren Demokratisierung und Liberalisierung zum Ausdruck brachten. Eine "Studiengesellschaft für Volkspolitik" verteilte Flugblätter unter den Zuhörern. Ein Jugendlicher soll von der Polizei abgeführt worden sein, nachdem er der Aufforderung, die Lesung von Gedichten abzubrechen, nicht nachgekommen sei. Von Polizeikräften abgebrochen wurde auch eine inoffizielle Dichterlesung im Park des alten kaiserlichen Sommerpalastes im Norden von Beijing (FR, 7.4.81; Le Monde, 7.4.81; AP, 5.4.81).

-sch-

(17) Hua Guofeng erneut öffentlich aufgetreten

Der nominelle Vorsitzende der KPCh, Hua Guofeng, trat am 11. April 1981 als Teilnehmer an der offiziellen Trauerfeier für den am 27. März 1981 verstorbenen Schriftsteller Mao Dun (Shen Yanbing) erneut in der Öffentlichkeit auf. Es war dies das zweite öffentliche Auftreten Huas in diesem Jahr nach seinem Zusammentreffen mit dem vietnamesischen Exilpolitiker Hoang Van Hoan am 4. Februar 1981 (siehe C.a., Februar 1981, 0 16). Die Organisation der Trauerfeier für Mao Dun zeigte jedoch erneut, daß die eigentliche Führung der KP Chinas nicht mehr in den Händen Huas liegt: Die Trauerfeier wurde - wie offiziell bekanntgegeben - vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Deng Xiaoping geleitet, während ZK-Generalsekretär Hu Yaobang - höchstwahrscheinlich der Nachfolger von Hua im Amt des KPCh-Vorsitzes - die Trauerrede hielt (RMRB, 12.4.81).

Auch auf diplomatischer Ebene ist die Ablösung Huas durch Hu Yaobang protokollarisch bereits seit längerem vollzogen worden: Am 27. November 1980 hatte Hua Guofeng mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Ilie Verdet zum letzten Mal einen hohen Staatsgast empfangen. Der nordkoreanische Ministerpräsident Li Jong Ok wurde im Januar 1981 bereits statt von Hua von Hu Yaobang zu einer Unterredung empfangen. Gleiches widerfuhr dem tansanischen Staatschef Julius Nyerere Ende März 1981.

-sch-

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

(18) Verstärkte Rolle der Wissenschaft bei Beratung der Regierung

In einem Leitartikel der Guangming-Zeitung vom 18.4.1981 unter der Überschrift "Die gesamte Partei muß die Rolle der Wissenschaft beachten" wird auf die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die sozialistische Modernisierung und wirtschaftliche Entwicklung des Landes hingewiesen. Der Leitartikel betont die Notwendigkeit, die erst kürzlich vom ZK und Staatsrat erlassenen Richtlinien zur Wissenschaftspolitik durchzusetzen. Diese Richtlinien besagen:

1. Wissenschaft und Technik sollen sich im Einklang mit Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln und sollen sich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zur obersten Aufgabe machen;
2. verstärkte Erforschung der Produktionstechniken, richtige Auswahl der technischen Verfahren und Errichtung vernünftiger

ger technologischer Strukturen;

3. Förderung der technischen Entwicklung von Fabriken, Bergbauunternehmen und anderen Betrieben;
4. Garantie, daß sich die Grundlagenforschung auf stabiler Grundlage stetig fortentwickelt;
5. zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik vom Ausland lernen, das Erlernte umsetzen oder übernehmen.

Auf der Grundlage dieser Politik fordert der Leitartikel folgende konkrete Maßnahmen:

1. Wichtige Entscheidungen hinsichtlich Wirtschaft und Gesellschaft müßten aufgrund wissenschaftlicher Forschung und umfassender technischer Beweise gefällt werden. Zu diesem Zweck müsse man dringend wissenschaftlich-technische Beratungsgremien auf Staatsebene schaffen.
2. Man müsse hinsichtlich wissenschaftlich-technischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung eine einheitliche, koordinierte Planung vornehmen.
3. Die gesamte Investitionspolitik müsse überprüft und auf dieser Grundlage die Ausgaben für die wissenschaftliche Forschung im Verhältnis zu den Staatsausgaben erhöht werden.
4. Um die wirtschaftliche Effektivität zu erhöhen, müsse die Wirtschaftsorganisation rationalisiert werden und mit einer Strukturreform der alten Betriebe einhergehen. Ohne eine Reform der Wirtschaftsorganisation sei auch eine technische Reform nutzlos.
5. Das Management in Wirtschaft sowie Wissenschaft und Technik müsse gründlich reformiert werden, um die Zusammenarbeit zwischen den Bereichen wissenschaftliche Forschung, Produktion und Konsum zu fördern.

Diese und ähnliche Forderungen, insbesondere diejenige nach Beratung der Regierung durch die Wissenschaft, werden seit einiger Zeit erhoben. Ihre Verwirklichung scheint für die Durchsetzung der neuen wissenschaftspolitischen Richtlinien der Regierung eine unabdingbare Voraussetzung zu sein. Sie könnten die schwerfälligen Strukturen und die mangelnde Kooperation zwischen den einzelnen Bereichen der Wirtschaft und Wissenschaft überwinden helfen.

-st-

(19) Schwerpunkte der geologischen Forschung

Wie aus der Abteilung für Geologie und Geographie der Chinesischen Akademie der Wissenschaften verlautete, stehen Projekte zur Erschließung neuer Energiequellen im Mittelpunkt der Forschungsarbeit. Dabei kommt Öl, Erdgas und geothermische Wärme die größte Aufmerksamkeit zu. Die Forschung wird sich in den nächsten Jahren hauptsächlich auf das Junggar-Becken in Xinjiang sowie auf die Kontinentalschelfgebiete des ost- und südchinesischen Meeres konzentrieren. Die Wissenschaftler wollen sich insbesondere mit den Strukturen der Öl- und Erdgasvorkommen sowie den langfristigen Aussichten für die Gewinnung von Öl und Erdgas in diesen Gebieten beschäftigen. In den kommenden fünf bis zehn Jahren wird sich die geologische Forschungsarbeit vornehmlich auf fünf große Projekte erstrecken: Energie, Rohstoffe, Naturkatastrophen, Umweltfragen und Wasserkraft. Gegenwärtig arbeiten etwa 200 chinesische Wissenschaftler an einer umfassenden Erhebung im Hengduan-Gebirge in Tibet und Yunnan. Dabei handelt es sich um eine Ausweitung des seit Jahren laufenden Projektes über das Qinghai-Tibet-Plateau. Hier wie auch in der Senke westlich von Panzihua in Yunnan und entlang der pazifischen Küste Chinas stehen Untersuchungen über die oberste Schicht der Erdoberfläche im Mittelpunkt. Darüber hinaus wird die chinesische Geologie auch ihre Forschungen über die Lithosphäre im Qinghai-Tibet-Plateau fortsetzen und sich aktiv an dem internationalen Lithosphäre-Projekt beteiligen. Bei der Exploration von Mineralien will man sich auf seltene